

Chronik zur Geschichte der Psychotherapie und zur Psychoanalyse von 1946 bis 1960

Regine Locket
Lektorat: Vera Kalusche

1946

In Kliniken, Erziehungsberatungsstellen und Fürsorgeeinrichtungen werden Psychotherapeutenstellen geschaffen, die aus Mangel an qualifizierten Therapeuten nicht besetzt werden können (Berlin, Bremen, Stuttgart, Niedersachsen sind Ausnahmen).

(8. 2.) Die amerikanische Militärregierung genehmigt das „Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie“ (München), das sich als Nachfolgerin des „Deutschen Instituts für psychologische Forschung und Psychotherapie“ (Berlin) versteht. Im Dienste der öffentlichen und seelischen Gesundheitspflege steht es auf der Liste der medizinischen Institute der Stadt München (Leitung: Steger, 67 Mitglieder und 49 Ausbildungskandidaten). Unter anderem gehören dem Institut an: Fritz Riemann, Walter Seitz, Edgar und Johanna Herzog-Dürck¹.

(1. 3.) Das Berliner „Institut für Psychopathologie und Psychotherapie“ (Leitung: Kemper, und Schultz-Hencke) wird von der Versicherungsanstalt Berlin (VAB, Vorgängerin der AOK) übernommen. Es heißt nun „Zentralinstitut für psychogene Erkrankungen der VAB“ (Vertragsunterzeichnung 29. 4.) und gliedert sich in die Poliklinik für Erwachsene (Baumeyer), die Poliklinik für Kinder und Jugendliche (Schwidder) und die Abteilung für Prophylaxe (Dührssen). In begrenztem Umfang werden nun psychotherapeutische Behandlungen über dieses Institut auf Kosten der Versicherung durchgeführt. Das VAB-Institut ist kein Ausbildungsinstitut. 28 ärztliche und nichtärztliche Psychotherapeuten aller Richtungen sind fest angestellt und weitere sind als freie Mitarbeiter tätig.

(März) Alexander Mitscherlich plant ein Institut für Psychotherapie im Rahmen der Heidelberger Universität. Psychotherapie soll eine selbstständige Disziplin werden, die die Ausbildung von Laien mit einschließt. Ihm wird massiver Widerstand der medizinischen Fakultät entgegengebracht. Nach einer ablehnenden Stellungnahme von Karl Jaspers, die sich gegen die Freud'sche Psychoanalyse richtet, stagniert die Institutsgründung.

(1. 4.) Die Stuttgarter „Arbeitsgruppe für Psychotherapie“ wird von Hermann Gundert und Felix Schottlaender gegründet. An der Gründungssitzung nehmen Gustav Bally, Alexander Mitscherlich und Viktor von Weizsäcker teil.

(6. 4.) Der alliierte Kontrollrat Berlins legalisiert, gegen die Auffassung des Landesgesundheitsamts und die Vereinigung der Sozialärzte von Groß-Berlin, die Behandlung durch nichtärztliche Psychoanalytiker.

(Sommersemester) Carl Müller-Braunschweig hält an der Volkshochschule Wilmersdorf Vorlesungen über Psychoanalyse; an der Universität bestehe „kein Bedarf“ (Schreiben von Müller-Braunschweig an von Weizsäcker, 16. 1. 1947, Psy-H.).

(20. 9.) Mitglieder der DPG, die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wohnen, sind Baumeyer (Dresden), Mette (Weimar), Scheunert (Erfurt), Tiling (Gera/Thür.), Weigel (Leipzig) und Möller (Potsdam) als ständiger Gast.

¹ Brundke (2008), S. 81

(Oktober) Die „Dozentenkonferenz“ in Berlin, ein von Kemper gegründetes und geleitetes Gremium älterer Analytiker verschiedener Schulrichtungen, gilt als Interessenvertretung aller Psychotherapeuten. Ihre Aufgabe besteht in der Erarbeitung einer Berufsordnung mit genauen Berufsvorschriften, mit Zulassungs- und Ausbildungsbestimmungen und einer Prüfungsordnung. Nichtärztliche Psychotherapeuten sollen in die medizinischen Heilberufe (nicht mehr wie bisher Medizinalberufe) eingeordnet werden. Die Dozentenkonferenz berät gutachterlich das Landesgesundheitsamt. Sie ist auch für die Ostzone die einzig zuständige Stelle in Fragen der Psychotherapie für die „Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetischen Okkupationszone Deutschlands“.

(17. 12.) Zu den zwölf Psychiatern, die über die Ausbildung der „Irrenpfleger und Psychotherapeuten“ und deren Niederlassungsordnung zu beraten haben, gehören die drei Psychoanalytiker Kemper (Berlin West), Mette (Weimar) und Baumeyer (Arnsdorf bei Dresden).

1947

Erziehungsberatungsstellen in Berlin sind vorwiegend von Psychoanalytikern besetzt oder stehen in enger Föhlung mit ihnen.

Alexander Mitscherlich gründet die „Psyche“, ein „Jahrbuch für Tiefenpsychologie und Menschenkunde in Forschung und Praxis“. Mitherausgeber sind Schottlaender und Kunz.

(9. 5.) Das „Institut für Psychotherapie e. V.“ wird von Kemper als Ausbildungsinstitut gegründet. Vertreten sind Neoanalytiker, Freudianer und Jungianer. Erste Lehrveranstaltungen werden abgehalten. Hochheimer (Jungianer) und Haseloff (Neoanalytiker) bekommen zusätzlich einen Lehrauftrag an der Pädagogischen Hochschule in Berlin, Schultz-Hencke einen für anthropologische Psychologie an der TU Berlin.

(Pfingsten) Ein erstes privates Treffen mitteleuropäischer Psychoanalytiker in Amsterdam erlaubt eine erste persönliche Kontaktaufnahme der DPG-Mitglieder nach dem Krieg. Die deutsche Delegation (Müller-Braunschweig, Dräger und Kalau vom Hofe) erreicht Amsterdam mit eintägiger Verspätung. Müller-Braunschweig reist trotz einer schweren Erkrankung.

(20. 8.) In Nürnberg werden die Urteile gegen die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher gefällt. Mitscherlich leitet die Deutsche Ärztekommision beim Ersten Amerikanischen Militärgerichtshof in Nürnberg. und verfasst zusammen mit Fred Mielke einen Teil der Anklageschrift gegen die Ärzte, die als „Wissenschaft ohne Menschlichkeit“ bekannt wird. Mitscherlich gelingt es nicht, Schultz-Hencke und andere ärztliche Psychoanalytiker als Prozessbeobachter zu gewinnen.

(September) Ein „Arbeitsausschuss zur Neuordnung der Psychotherapie“ wird mit einem Vertreter des Bundesinnenministeriums (Leitung: Koch, Darmstadt), dem „Institut für Psychotherapie e. V. Berlin“ und dem „Institut für psychologische Forschung und Psychotherapie München“ gegründet; Viktor von Weizsäcker (Heidelberg) und Ernst Kretschmer (Tübingen) beraten den Arbeitsausschuss. In der „Heidelberger Denkschrift“ werden seine Ergebnisse, vor allem die Konflikte zwischen Kretschmer und dem Arbeitsausschuss diskutiert. Es geht um die obligatorische Lehranalyse, die Förderung der Etablierung des Berufsstandes der „behandelnden Psychologen“ (Laien mit akademischer Ausbildung, „Göring-Erlass“).

(27. – 29. 9.) Die „Studiengesellschaft für Praktische Psychologie“ (Vorsitzender: Störing, Stellvertreter: Hiesche; mit Schulte, Kühnel, Kemper und Dogs) wird in Bad Pyrmont

gegründet. Psychotherapie soll grundsätzlich Ärzten vorbehalten bleiben, nichtärztliche Psychotherapeuten sollen die Ausnahme sein.

(18./19. 10.) In Bad Nauheim wird die „Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern“ gegründet (seit 1955 Bundesärztekammer). In der Hauptversammlung streiten sich Mitscherlich und Kretschmer heftig über die Stellung der Psychoanalyse. Während Mitscherlich die zentrale Stellung der Psychoanalyse innerhalb der Psychotherapie vertritt, stellt Kretschmer die in seiner Klinik stattfindende psychotherapeutisch-psychiatrische Ausbildung als vorbildlich dar.

1948

(2. 4.) In Stuttgart wird das „Institut für Psychotherapie und Tiefenpsychologie“ gegründet. Es sind alle tiefenpsychologische Richtungen vertreten. Der Vorsitzende ist Wilhelm Bitter, sein Stellvertreter Felix Schottlaender (dazugehörend: Hermann Gundert, Marie und Wilhelm Laiblin, Jutta von Grävenitz). Weitere Dozenten sind Manfred Breuninger, Lene Keppler, Ursula Lässig, Olga von König-Fachsenfeld und Vera Scheffens. Zu dem Institut gehört eine Erziehungsberatungsstelle (Leitung: W. Laiblin), eine Poliklinik für Erwachsene (Leitung: Ina Böhlendorf, Walter Gollner) und eine Eheberatungsstelle (Leitung: von Graevenitz).

(22. 4.) Die „Ärztliche Arbeitsgemeinschaft für Praktische Psychotherapie“ konstituiert sich in der „Studiengesellschaft für Praktische Psychologie“, die sich als interdisziplinärer Verband versteht. Vorsitzende sind Kühnel, Mohr und Mauz; zum Beirat gehören Jores, Kemper, Schulte, Schultz-Hencke, Störring und Wolff.

Ernst Speer, aus der Jenaer Schule von O. Binswanger stammend, Onkel des ehemaligen Rüstungsministers Albert Speer und ehemaliges NSDAP-Mitglied, initiiert die Lindauer Psychotherapiewochen zusammen mit den „psychotherapeutischen Innungsmeistern“² E. Kretschmer, J. H. Schultz und G. R. Heyer, der am „Göring-Institut“ als „rabiater Nazi“ galt. Die Nähe Einzelner zum Nationalsozialismus wird nicht problematisiert.

(19. 6.) Die DPG muss auf Veranlassung der zuständigen britischen Militärbehörden den Zusatz „Zweigvereinigung der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung“ streichen und darf sich lediglich eine regionale Bezeichnung geben. Sie heißt nun „Berliner Psychoanalytische Vereinigung e. V.“.

24. 6. 1948 – 12. 5. 1949 Berlin-Blockade

(11. – 21. 8.) Der 1. Internationale Kongress für Mental Health in London ist mit 2500 Vertretern aus über 50 Nationen das erste große internationale Forum für „geistige Gesundheit“ in der Nachkriegszeit. Der Kongress besteht aus drei Fachkonferenzen aus den Bereichen „Child Psychiatry“ (Thema: „Personality development in its individual and social aspects with special reference to aggression“), 2. „Medical Psychotherapy“ (Thema: „Guilt“), und 3. „Mental Hygiene“ (Thema: „Mental Health and World Citizenship“). Diese letzte Konferenz nimmt den größten Raum ein. Deutsche werden zunächst nicht offiziell eingeladen – lediglich Schottlaender wird zum Kommen aufgefordert. Er soll eine Liste repräsentativer Psychotherapeuten und Psychiater erstellen, deren Einladung nach London erwogen werden könne. Erst zwei Tage vor Beginn des Kongresses fällt die Entscheidung, dass 16 Deutsche, unter ihnen Schulte³ auch Kemper, der die Gelegenheit zu einem Besuch bei Anna Freud nutzt, als Gäste teilnehmen können. Vor der „British Psychoanalytic Society“ und internationalen Gästen spricht Kemper über die Errichtung, Organisation und

² Mettauer, P. (2010)

³ Platte 2011, S. 16

Arbeitsweise des Zentralinstituts. "selbst im reichen Amerika" sei mit „ausgesprochener Anerkennung, ja mit einem gewissen Neid von dem von uns hier tatsächlich Geleisteten Kenntnis genommen" worden.⁴

(11. 9.) Die „Allgemeine Ärztliche Gesellschaft für Psychotherapie“ (AÄGP) wird auf der Jahresversammlung Deutscher Neurologen und Psychiater in Marbach auf Initiative von Ernst Kretschmer neu konstituiert (Vorsitzender: Kretschmer, Schriftführer: Kühnel). Kretschmers Tübinger Psychotherapie-Kurse sind der einzige nicht-psychoanalytische Ausbildungsgang für Psychotherapeuten. Die Kontroverse zwischen Kretschmer und Bitter (als Vertreter der psychoanalytisch orientierten Behandlungsverfahren) löst sich erst Ende der 50er Jahre auf.

(17. 10.) Kretschmer erhebt Einwände gegen die wesentlichen Richtlinien der Heidelberger Denkschrift: Er wendet sich gegen Ausbildungsinstitute, gegen die Notwendigkeit einer Lehranalyse und gegen eine weitere Ausbildung der nichtärztlichen Psychotherapeuten. Kretschmer sieht eine psychotherapeutische Unterweisung seiner Assistenten in seiner Klinik als ausreichende Qualifikation für psychotherapeutisches Arbeiten an.

(4. 12.) Die Freie Universität wird feierlich im Steglitzer Titania-Palast gegründet. Die drei westalliierten Stadtkommandanten, Repräsentanten der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats von Groß-Berlin nehmen an dem Festakt teil. Müller-Braunschweig erhält an der Freien Universität einen Lehrauftrag für Psychoanalyse.

Am Institut für Psychotherapie in Berlin wird eine Psychagogenausbildung (Erziehungsbetreuer, heute Kinder- und Jugendlichentherapeuten) angeboten.

1949

(Anfang) Müller-Braunschweig gründet die *Zeitschrift für Psychoanalyse, unter Mitwirkung von Psychoanalytikern des In- und Auslandes*. Nach Heft 2 muss ihr Erscheinen aus finanziellen Gründen eingestellt werden.

(25. – 27. 3) Auf Veranlassung der amerikanischen Behörden wird von Wilhelm Bitter eine Konferenz in Stuttgart zur Vorbereitung der Gründung einer psychotherapeutischen Dachgesellschaft einberufen. Teilnehmer sind Müller-Braunschweig (Psychoanalyse), Schultz-Hencke (Neoanalyse), Schmaltz, Bitter (Junggruppe), Seiff (Individualpsychologen), Michel (Künkel-Wexberg-Gruppe), Mitscherlich (Vertreter der ersten Heidelberger Klinik für Psychosomatik, im Einverständnis mit dem Lehrstuhlinhaber von Weizsäcker) und Schulte (Städtische Nervenklinik Bremen). Die Mitglieder des ehemaligen Reichsforschungsinstituts („Göring-Instituts“) werden nur zum Teil und erst nach ihrer Entnazifizierung übernommen. Geprüft wurden auch ihre Ausbildungsvoraussetzungen und ihre Qualifikation. Einzelne müssen Auflagen erfüllen (Kontrollfälle vorlegen und Fachtagungen besuchen). Die in der SBZ lebenden Mitglieder werden nicht zum Beitritt aufgefordert: Beerholdt (Leipzig), Mette (Weimar), Prosch (Kallinchen), Schultze (Görlitz), Tiling (Berlin-Ost), Walter (Wittenberg), Smula (Jena), Holtenhoff (Arnsdorf bei Dresden), Weigel (Leipzig) und Sothmann (Berlin Ost).

(11. 5. – 17. 5.) Die jährlich stattfindenden Lindauer Psychotherapiewochen beginnen (Leitung: Ernst Speer). Bis 1961 nehmen auch Psychotherapeuten aus der DDR an den Wochen teil.

⁴ Bericht über den *Londoner Congress on Mental Health* vom 9. – 21. August 1948 von Kemper (1948), in: Locket (1994), S. 184

(8. 7.) Nach einer Absprache zwischen der Freien Universität Berlin und Gerhard Scheunert wird eine Leistungspflicht der Deutschen Krankenversicherungs-AG für Studierende nach der ärztlichen, gutachterlichen Anerkennung der Leistungspflicht vereinbart. Die Behandlung durch nichtärztliche Psychotherapeuten erfolgt über eine Überweisung durch Scheunert als Vertreter der Berliner Psychoanalytischen Gesellschaft.

(7. 8.) Die „Deutsche Gesellschaft für Psychotherapie und Tiefenpsychologie“ (DGPT) wird von Wilhelm Bitter in Braunschweig gegründet – als Dachorganisation für alle tiefenpsychologischen Richtungen (DPG, später auch DPV, Jungianer und Adlerianer) und mit berufspolitischer Orientierung.⁵ Die Gründung war vom Ärztetag forciert worden, da ein Verhandlungspartner für Psychotherapie in Deutschland dringend benötigt wurde. Durch Quotierung der Ausbildung (auf zwei ärztliche Kandidaten kommt ein nichtärztlicher – über sieben Jahre) sollen langfristig nichtärztliche Psychotherapeuten entbehrlich gemacht werden. Der erste Präsident ist Viktor von Weizsäcker (Ordinarius für Innere Medizin der Universität Heidelberg), der vor allem als Galionsfigur erscheint. Der Geschäftsführer ist Wilhelm Bitter. Unterstützung kommt von den Professoren von Siebeck, Carl Oelemann (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern) und Hans Neuffer (Präsident der Ärztekammer Nord-Württemberg, Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern). Mitglieder des ersten Ehrenpräsidiums der DGPT sind I. H. Schultz, von Gebattel, Bally und Maeder.

(15. – 19. 8.) Der 16. IPV-Kongress in Zürich – nun „International Psychoanalytical Association“ (IPA), vor dem Krieg „Internationale Psychoanalytische Vereinigung“ (IPV)⁶ – ist das erste offizielle Treffen von Psychoanalytikern nach dem Krieg in Europa. Die öffentliche Kontroverse zwischen Müller-Braunschweig und Schultz-Hencke führt dazu, dass die DPG nur vorläufig in die IPV aufgenommen wird, mit der Auflage, ihre Position zu klären.

(20. 9.) Schultz-Hencke wird zum Professor mit Lehrauftrag für Psychotherapie an der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität berufen. Die DPG verabschiedet am 26. 9. eine Resolution, die die Gleichzeitigkeit von Positionen im Osten und Westen Berlins untersagt. Daraufhin gibt Schultz-Hencke die Professur wieder auf, um das Westberliner Institut weiter leiten zu können.

(23. 9.) Die Organisation der Psychotherapie wird von Psychiatern (Kretschmer, von Weizsäcker, Mohr, Mauz, I. H. Schultz, Speer, Ruffin und Wegscheider) und Psychoanalytikern (Schultz-Hencke, Schulte und Kühnel) beraten. Die Ausbildung von behandelnden Psychologen wird vorläufig anerkannt (das Verhältnis 2:1 soll auf sieben Jahre begrenzt sein). Behandelnde Psychologen sollen als Angestellte oder Beamte eingesetzt werden. Sie werden den ärztlichen Hilfsberufen nach dem Gesetz vom 28. 9. 1938 zugeordnet. Die Ausbildungsstätten für Psychotherapie sind klar bestimmte Kliniken und Institute. Die interne Abstimmung von DGPT und AÄGP und ihr gemeinsames öffentliches Auftreten wird für dringend erforderlich gehalten.

(7. 10.) Mit der Gründung der DDR wird der Osten Deutschlands von einer systematischen psychoanalytischen Ausbildung abgeschnitten. Bis 1961 kommen einzelne Kandidaten unter großen materiellen Opfern zur Ausbildung, ohne sie abzuschließen. Inhaltlich bestimmen Schultz-Hencke und seine Anhänger Schwidder, Derbolowsky und Kühnel das

⁵ Am 2. 2. 1975 wird sie in „Deutsche Gesellschaft für Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie“ (DGPPPT) umbenannt und im Oktober 1989 in „Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie“ (DGPPPT).

⁶ Entsprechend der gegenwärtigen Konvention wird die Schreibweise „Internationale Psychoanalytische Vereinigung“ (IPV) vor der „International Psychoanalytical Association“ (IPA) beibehalten.

Psychoanalyseverständnis in der DDR. Alexander Mette gibt die Zeitschrift für *Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie* heraus, die als Fachzeitschrift der DDR bis 1990 existiert. Kemper, Schultz-Hencke und andere wirken daran mit.⁷

(20. 10.) Müller-Braunschweig unterrichtet IPV-Präsident Bartemeier von seinen Bemühungen, Schultz-Hencke zum Austritt aus der DPG zu bewegen.

Außerhalb Berlins entstehen weitere Arbeitsgruppen und stationäre psychotherapeutische Einrichtungen in Tübingen, Frankfurt und Düsseldorf.

(23. 11. – 25. 11.) Anlässlich der „1. Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Gesundheitsminister und Leitenden Medizinalbeamten der Länder“ wird politisch die Einheit zwischen Berlin und der BRD demonstriert. Unter anderem geht es um die Ausbildung und Zulassung von Psychotherapeuten („Berliner Entwurf“).

1950

(10. 2.) Schultz-Hencke meint, dass „in einer kommenden Arbeitsgemeinschaft analytischer Psychotherapeuten [...] die Männer um 30 herum dominieren, die Frauen, und besonders die nichtärztlichen Frauen [...], in abgehobener Weise an Zahl zurücktreten“ müssen.

(14. 2.) Walter Ritter von Baeyer gegenüber lässt Schultz-Hencke durchblicken, dass die Fortentwicklungen der Freud'schen Psychoanalyse in den USA in den 40er Jahren seinen (Schultz-Henckes) Anregungen zu verdanken sei.

(27. 2.) In Westberlin und in Westdeutschland herrscht eine bedrohliche Überfüllung des Ärztestandes. So wurden energische Einwände gegen die Ausbildung nichtärztlicher Psychotherapeuten erhoben. Baumeyer empfiehlt deshalb einen regelmäßigen Austausch der Ausbildungskandidaten-Listen zwischen allen Instituten.

(27.3.) Müller-Braunschweig hält die Differenzen zwischen Schultz-Hencke und Freud für so gravierend, dass er dem IPA-Präsidenten Leo Bartemeier seine Überlegungen zu einem Ausschluss Schultz-Henckes, der nicht freiwillig austreten würde, darlegt: Obwohl von den 37 Mitgliedern nur drei oder vier hundertprozentige Anhänger Schultz-Henckes seien und sein Einfluss zu vernachlässigen sei (1:9), könnte eine Mehrheit für seinen Ausschluss aus Gründen der Kollegialität nicht gewonnen werden.

Müller-Braunschweig äußert seine Enttäuschung darüber, dass die Wiederaufnahme der DPG in Zürich überhaupt Diskussionsgegenstand gewesen sei.

(28. 3.) Der Psychoanalytiker Hans March sieht in den Amalgamierungsthesen Schultz-Henckes eine Fortsetzung des Göring'schen Konzepts der Einheitspsychotherapie.

(April) In Heidelberg gelingt Mitscherlich mithilfe der Intervention von Carlo Schmid, Staatsminister im Württembergischen Kulturministerium, die Gründung der Abteilung für allgemeine Therapie der klinischen Universitätsanstalt Heidelberg am Lehrstuhl für allgemeine Medizin von Viktor von Weizsäcker. Die Anschubsfinanzierung wird durch die Rockefeller Stiftung geleistet, die Komplementärfinanzierung von der Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler (mit Sachbeihilfe) und der westdeutschen Ärztekammer.⁸ „Laien“ können in der Klinik nicht psychoanalytisch ausgebildet werden. Die Rockefeller Stiftung finanziert auch die zur Ausbildung notwendigen Lehranalysen.

⁷ Die Entwicklung der Psychotherapie in der DDR ist Bernhardt/Lockot (2000) entnommen.

⁸ Freimüller, T. (2007), S. 150

(Mai) Im Rahmen der ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie findet in Lindau eine Psychotherapiewoche statt. Abgesehen von I. H. Schultz wird kein Berliner eingeladen. Nach Baumeyer hätten die dortigen Referenten nur ein loses Verhältnis zur Psychotherapie.

(13. 5.) Carl Müller-Braunschweig, Vorsitzender der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft (DPG), beschließt zusammen mit Käthe Dräger, Ingeborg Kath, seiner Frau Ada, Hans March, Gerhard Scheunert, Margarete Steinbach und Marie Luise Werner die Gründung der „Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung“ (DPV). Der Plan bleibt zunächst geheim.

(15. 6.) Baumeyer berichtet Kemper von der schwierigen Situation in Berlin: Die ursprüngliche Koalition gegen Schultz-Hencke, der sich auch Boehm angeschlossen hatte und die von Baumeyer geleitet wurde, habe sich durch Spannungen und Rivalitäten gespalten. Zwei Drittel des Nachwuchses neigten der Neoanalyse zu. Auch in Westdeutschland seien alle Psychotherapeuten miteinander verfeindet: „Bitter hat Krieg mit Kretschmer und Mitscherlich“. Stuttgart und München propagieren weiter die Ausbildung Nichtärztlicher – was bei dem enormen Ärzteüberschuss und Kretschmers Haltung Widerstand hervorruft.

(2. / 3. 6.) Anlässlich der 66. Wanderversammlung der Südwestdeutschen Psychiater und Neurologen (Badenweiler) hält der schweizer Daseisanalytiker Medard Boss, der zugleich Mitglied der IPV ist, einen Vortrag über die Behandlung eines Transvestiten. Mitscherlich nutzt diese Präsentation als Ausgangspunkt für eine umfangreiche Identitätsdiskussion in der *Psyche*, bei der 24 namhafte Psychoanalytiker, Psychotherapeuten und Psychiater (unter ihnen Bally, Binswanger, Bleuler, Brun, Dührssen, Jores, Jung, Kemper, Schultz-Hencke, von Weizsäcker, Gundert, Mauz und Zutt) zu der Frage Stellung nehmen, ob Kastration ein zulässiges ärztliches und psychotherapeutisches Vorgehen sei.

(9. 6.) In Heidelberg einigen sich die Vertreter aller psychotherapeutischen Einzelschulen unter dem Vorsitz von Ministerialdirigent Lewenstein, mit von Weizsäcker, Schultz-Hencke, Speer, Kühnel und anderen, auf die zu erfüllenden Voraussetzungen für die Anerkennung einer Klinik bzw. eines Instituts als vollwertige Ausbildungsstätte („Heidelberger Beschlüsse“). Demnach werden langjährige eigene Erfahrungen, die Möglichkeit alle wesentlichen psychotherapeutischen Methoden zu lernen und eine eigene psychotherapeutische Abteilung gefordert. Auf die Lehranalyse als zwingender Ausbildungsbestandteil wird verzichtet. Die Ausbildungsquote von Ärzten zu Nichtärzten beträgt 2:1.

(10. 6.) Die „Deutsche Psychoanalytische Vereinigung“ (DPV) wird gegründet. Müller-Braunschweig ist der Vorsitzende; March, Scheunert, Dräger, Kath und Steinbach sind die Mitgründer. Die übrigen DPG-Mitglieder sind empört über das Vorgehen ihres Vorsitzenden und entziehen Müller-Braunschweig ihr Vertrauen (8:6).

(23. 8.) Müller-Braunschweig fordert nachdrücklich von IPV-Präsident Bartemeier die volle Anerkennung der DPV, da die alte DPG sich wohl nicht auflösen werde und neoanalytisch zu werden drohe. Müller-Braunschweig rät dringend von der Aufnahme der DPG als IPV-Mitglied ab.

(18. – 28. 9.) Der erste Weltkongress für Psychiatrie findet in Paris statt.

(22. 9.) IPV-Präsident Bartemeier übermittelt das Einverständnis des Zentralkomitees der IPV zur provisorischen Anerkennung der DPV bis zum Amsterdamer Kongress im August 1951. Abgesehen von gemeinsamen Standes-, Berufs- und Prüfungsfragen erscheint eine Zusammenarbeit von DPV und Psychoanalytischem Institut (IfP) nicht mehr möglich.

(30. 9.) Die Neugründung DPV findet Bitters Anerkennung als Ausbildungsinstitut – das ist für DPV-Gruppe sehr wichtig.

(9. 11.) Mit seiner DPV-Gründung will Müller-Braunschweig zwei Gesellschaften schaffen – eine psychoanalytische und eine neoanalytische – und die DPG-Mitglieder zu einer Entscheidung für die eine oder andere veranlassen. Die „Unentschiedenen“ sollen im Institut für Psychotherapie bleiben. Einen Austritt der DPV-Mitglieder aus der DPG beabsichtigt er nicht. Die Frage der Auflösung der DPG will er der Generalversammlung der DPG überlassen.

(22. 11.) Bitter lädt Delegierte der verschiedenen psychotherapeutischen Gruppen zu einer wichtigen Sitzung nach Stuttgart ein. Es soll die Gründung einer psychotherapeutischen Dachgesellschaft vorbereitet werden.

(30. 11.) Müller-Braunschweig erhält als DPG-Vorsitzender die Einladung – March bittet um eine gesonderte Einladung für die neu gegründete DPV.

Im „Göttinger Burgfrieden“ einigen sich Nervenärzte und analytische Psychotherapeuten darauf, in den nächsten zehn Jahren getrennt zu arbeiten, ohne einander ins Gehege zu kommen (nach Brocher, Vorstands Rundschreiben vom 7. 2. 1961).

Der 53. Deutschen Ärztetag beschließt Berufs- und Facharztordnungen und beseitigt die nationalsozialistisch geprägten Passagen der Berufsordnung von 1937. In einer Resolution bedauert der Deutsche Ärztetag das Unrecht, das die „nationalsozialistischen Machthaber“ den „deutschen Ärzten jüdischen Glaubens“ zugefügt haben. Alle deutschen jüdischen Ärzte sollten in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt werden.⁹

(3. 12.) Die von der alliierten Kommandantur erlassene Anordnung über die Beschränkung der Vereinstätigkeit in Berlin wird aufgehoben und die „Berliner Psychoanalytische Vereinigung e. V.“ heißt nun wieder offiziell „Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft“.

(3. 12.) In einer emotional sehr aufwühlenden Mitgliederversammlung treten die acht DPV-Mitglieder aus der DPG aus. 14 DPG-Mitglieder bleiben zurück, Boehm ist nun wieder Vorsitzender der DPG.

(31. 12.) Von der DPV kann nur dann ein Delegierter zu dem DGPT-Vertreter-Treffen kommen, wenn es einen weiteren Reisezuschuss gibt (und nicht nur einen für den DPG-Vertreter). Müller-Braunschweig bittet mit Hinweis auf die zugesicherte Mitgliedschaft der DPV in der IPV darum, dass der DPV ein Platz in den Gremien der DGPT freigehalten wird. Müller-Braunschweig erklärt Bitter, dass die DPV Mitglieder eigentlich in der DPG hatten bleiben wollen, dass aber „durch die ablehnende Haltung und die gewaltsamen Maßnahmen der Gegenpartei, insbesondere der Funktionäre des IfP“ ein Austritt unumgänglich geworden sei. Das IfP galt als Keimzelle einer Standesvertretung; durch die Gründung der DGPT verliert das IfP diese Funktion.

Das Gesetz zur Anpassung des Rechts der Sozialversicherung in Berlin an das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Recht vom 3. 12. 1950 stellt die finanzielle Selbstständigkeit der drei Sozialversicherungsträger Kranken-, Renten- und Unfallversicherung wieder her (bei Aufrechterhaltung der verwaltungsmäßigen Einheit) und entlässt die in der VAB zwangsversicherten Selbstständigen (Handwerker, Händler, freie

⁹ Jürgen Peter 1998, S. 233

Berufe) aus der Versicherungspflicht (in der Folge erlebt die private Krankenversicherung in West-Berlin einen Aufschwung).

Die erste Besprechung findet im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit Vertretern der Ärzte und der Krankenkassen statt. Es geht um eine bundeseinheitliche Neuregelung des Kassenarztrechts. Die Verhandlungen ziehen sich bis 1955 hin.

1951

Die Zeitschrift für Psychotherapie und Medizinische Psychologie wird als Organ der Nachkriegs-AÄGP – zugleich der „Österreichischen Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie“, der heutigen „Österreichischen Ärztesellschaft für Psychotherapie“ – von Kretschmer gegründet. Mauz und Kühnel sind die Mitherausgeber. Im ersten Band finden sich auch Beiträge von Boehm, Dührssen und Schultz-Hencke. Nach einigem Zögern veröffentlicht ab 1954 auch Kemper in der Zeitschrift.

(Jan.) Max Horkheimer, Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, lädt Mitscherlich nach Frankfurt zu einer Konferenz ein, in der es um Perspektiven sozialpsychologischer Forschung in der Bundesrepublik geht. Horkheimer wurde auf Mitscherlich durch seinen Bericht über die Nürnberger Ärzteprozesse aufmerksam.

(15. 1.) Die „Bremer Arbeitsgruppe für Psychotherapie“ wird durch Buder und Schulte, zwei Psychoanalytiker unterschiedlicher Richtungen, als eingetragener Verein zur Forschung und Fortbildung gegründet.

(26. – 30. 1.) Die erste Tagung der „Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater“ wird in Stuttgart abgehalten.

(31. 1.) Kemper zweifelt daran, dass Boehm die DPG-Anerkennung bei der IPV erlangen kann, und auch daran, dass Müller-Braunschweigs Gruppe „überlebt“. Durch den Züricher Vortrag hat Müller-Braunschweig die Aufmerksamkeit auf Dinge gelenkt, die intern hätten geregelt werden müssen.

(Februar) In Hannover wird das „Psychotherapeutische Institut mit Erziehungsberatungsstelle für das Land Niedersachsen“ von Hans Alfken nach dem Vorbild der „Child Guidance Clinic“ in London konzipiert. Alfken war ab 1947 leitender Ministerialbeamter im niedersächsischen Kultusministerium und hatte 1950 den „Verein zur Förderung der Erziehungsberatung e. V.“ gegründet. Von Kühnel und Bitter beraten, stellt er Ursula Zenke, Karl Tornow und Gisela Schuster (zur Nedden) als erstes Team ein und überträgt Ina Boehlendorf den Aufbau der psychoanalytischen Ausbildung. Die Examina werden in Stuttgart oder Göttingen abgelegt.

(10. 2.) Boehm äußert Verständnis für Müller-Braunschweig, wirft ihm aber autokratisches Verhalten in Bezug auf die unabgesprochene Finanzierung der *Zeitschrift für Psychoanalyse* durch DPG-Gelder vor. Außerdem verlangt er die DPG-Korrespondenz zurück, die Müller-Braunschweig als Schriftführer geführt hatte. Boehm schlägt eine gütliche Einigung vor. Vor allem im ersten Halbjahr sind die Spannungen zwischen DPV und DPG „rücksichtslos und voller Affekte“. Boehm kämpft für die Mitgliedschaft der DPG in der IPV auf lokaler Ebene.

(27. 2.) Den DGPT-Mitgliedern wird von ihrem Vorstand empfohlen, von Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen zur Kostenübernahme von Psychotherapien zunächst Abstand zu nehmen. Stattdessen sollen die Institute bzw. Arbeitsgemeinschaften mit den örtlichen bzw. regionalen Versicherungsträgern Abkommen für eine angemessene

Entschädigung psychotherapeutischer Behandlungen im Rahmen der Pauschale, als Sonderleistung oder außerhalb der Pauschale anstreben. Das Abkommen mit der Versicherungsanstalt Berlin (VAB) kann als Vorbild bei den Verhandlungen dienen. Erst wenn sich auf diese Weise eine Art Gewohnheitsrecht herausgebildet hat, wird die DGPT eine einheitliche Honorierung anstreben.

(1. 3.) In München wird im Rahmen der Medizinischen Poliklinik und der Kinder-Poliklinik der Universität eine psychosomatische Beratungsstelle für Kinder und Erwachsene eröffnet. Sie untersteht den Direktoren der beiden Kliniken, Seitz und Weber. Die psychotherapeutische Leitung hat Johannes Cremerius.

(15. 3.) Auf Anregung des Landesgesundheitsamts Berlin wird der „Ausschuss für seelische Gesundheit der Stadt Berlin“, bestehend aus 18 Personen, gegründet. Er hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit Psychoanalytikern die Organisation der Erziehungsberatungsstellen zu planen. Der Psychologe Curt Bondy (Hamburg), Mitglied der Gilde Soziale Arbeit, der als Oppositioneller des NS-Regimes das KZ Buchenwald und die Emigration überlebt hat, fordert die Verbreitung der Erziehungsberatung auf psychoanalytischer Basis.

(30. 4. – 5. 5.) Die 2. Lindauer Psychotherapiewoche befasst sich mit dem Stand der Psychotherapie im westlichen Ausland und mit psychosomatischen Problemen. Zu den Vortragenden gehören: Bjerre (Schweden), Brüel (Dänemark), Frankl (Österreich), Laforgue (Frankreich), Stokvis (Holland), aber auch Heyer, Kretschmer und I. H. Schultz. Die Teilnehmer aus dem In- und Ausland entsprechen dem Personenkreis, der zur „Internationalen Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie“ gehört hatte.

(4. 5.) Bitter fragt, ob Boehm ihn zur Mitgliedschaft in „seiner“ Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung (gemeint ist die DPG) vorschlagen wolle. Bitter war über 1000 Stunden bei Boehm in Lehranalyse, hatte Analysekontrollen bei Kemper, psychoanalytische Theorie bei Roellenbleck und an Vorlesungen und Seminaren teilgenommen. Nach dieser fünfjährigen intensiven Ausbildung hatte er sich mit den „deviations“ befasst, Jung'sche Lehranalysen bei Maeder, Bügler, Jung und Lambert gemacht. Er erfährt mit Interesse, dass Schultz-Hencke noch Mitglied der DPG ist.

(22. 5.) Das Gesetz zur Selbstverwaltung und zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung führt für die gesetzlichen Krankenversicherungen die paritätische Besetzung der Selbstverwaltungsorgane mit Versichertenvertretern und Vertretern der Arbeitgeber ein (analog zu der ebenfalls neuen paritätischen Beteiligung an den Versicherungsbeiträgen: zuvor Arbeitnehmer zwei Drittel, Arbeitgeber ein Drittel; bei den Ersatzkassen besteht die Vertreterversammlung weiterhin nur aus Vertretern der Versicherten).

(11. – 15. 6.) Der Senat der Stadt Berlin und das Institut für Psychotherapie veranstalten eine Arbeitstagung für analytische Psychotherapie und Erziehungshilfe, die vor allem von Schwidder und Dührssen organisiert wird. Sie findet in großartigem Rahmen in der Festhalle am Berliner Funkturm statt.

(5. 8.) Der internationale Kongress für Psychotherapie in Leiden befasst sich mit dem Thema: Der affektive Kontakt.

(5. 8. – 9. 8.) In der Geschäftssitzung des 17. IPV-Kongresses in Amsterdam wird die DPV in die IPV aufgenommen. Die DPG verliert ihre provisorische Mitgliedschaft. Heinz Hartmann, IPV-Präsident, lässt die Möglichkeit durchblicken, die IPV-Mitgliedschaft der DPG nach entsprechender Prüfung erneut zu verhandeln. Anna Freud unterstützt dieses Vorgehen.

(2. Hälfte 1951) Mitscherlich spinnt an einem nationalen und internationalen Netz psychoanalytischer Autoren für die *Psyche*.

(Dezember) Die DPG ist international mit wenigen Ausnahmen (z. B. Balint) isoliert.

1952

Schwidder und Dührssen geben die Zeitschrift *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie* heraus.

Die verwaltungsmäßige Einheit der VAB in West-Berlin wird aufgelöst. Es werden eigenständige Renten- und Unfallversicherungsträger gegründet. Bei der VAB verbleibt nur noch die Krankenversicherung und sie wird daher in Krankenversicherungsanstalt Berlin (KVAB) umbenannt. Für die Renten- und Unfallversicherung ist somit die Rechtsgleichheit zum Bundesgebiet bereits vollzogen, während es in der gesetzlichen Krankenversicherung noch bei einem einzigen Versicherungsträger bleibt.

(18. 3. / 26. 3.) Die DPV festigt ihre internationale Position mit Rückendeckung durch Anna Freud, die Müller-Braunschweig versichert, dass die Aufnahme der DPG in die IPV nicht zur Debatte stehe.

(1. 7.) Boehm erhebt Einspruch gegen die Abweisung der DPG als IPA-Mitglied, da die angekündigte Untersuchung der Verhältnisse in Berlin ausgeblieben war.

(24. – 30. 8.) In Brüssel wird die Jahresversammlung der World Federation for Mental Health abgehalten.

(13. 9. 1952 / 13. 4. 1953) Der Papst kritisiert die Freud'sche Psychoanalyse. Die DGPT verfasst eine offizielle Stellungnahme dagegen.

(8. – 11. 9.) Auf der 2. Arbeitstagung der DGPT (= 2. Psychotherapeutenkongress) in Stuttgart geht es um die Klärung wissenschaftlicher Grundpositionen: Carl Müller-Braunschweig (Berlin) spricht für die Freud'sche Schule, Franz Baumeyer (Berlin) für das Institut für Psychotherapie e. V. Berlin, A. Müller (Amsterdam) für die Individualpsychologie, Edgar Herzog (München) für Jung-Künkel'sche Aspekte, Wolfgang Hochheimer (Berlin) für die Jung'sche Schule und Harald Schultz-Hencke (Berlin) für seinen Versuch einer „Amalgamierung“ der Aspekte von Freud, Adler und Jung. Konsens scheint zu sein, dass die Schultheorien notwendig divergent bleiben müssen, dass es aber notwendig ist, nicht nur die eigene Theorie und Fachsprache zu verstehen, sondern auch die der anderen Richtungen.

(21. 11.) Müller-Braunschweig übersendet Bitter die Ausbildungsrichtlinien der DPV, da das Gerücht gehe, dass die DPV nicht als Ausbildungsstätte anerkannt werden kann. Die Richtlinien entsprächen im Wesentlichen den 1923 von Müller-Braunschweig erarbeiteten, die bis 1936 Gültigkeit gehabt hätten und auch Grundlage der Richtlinien des IPV-Unterrichtsausschusses seien. Er empfiehlt Bitter, sie auch zur Grundlage der DGPT-Ausbildung zu machen, betont aber auch deren Souveränität. Müller-Braunschweig weist Bitter auf Glovers Kritik an Schultz-Henckes Lehrbuch hin.

(Dezember) Mitscherlich bemüht sich bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft um Sachbeihilfe für sein Institut, nachdem die Subventionierung der Amerikaner vertragsgemäß (im Herbst 1954) ausläuft. Er stößt auf radikale Ablehnung und führt sie auf seine Stellungnahme im Nürnberger Ärzteprozess zurück, die vielfach als „Nestbeschmutzung“ aufgefasst worden ist. Mitscherlich vertrat die Position, die von Ärzten begangenen

Verbrechen seien die fast unvermeidliche Konsequenz der bisherigen Wissenschaftsgesinnung.

1953

Es erscheint die von Schwidder, Boehm und Dührssen herausgegebene *Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychoanalyse*.

(8. 1.) Der Einspruch der DPG gegen die Entscheidung der IPV, die DPG nicht wieder aufzunehmen, wird endgültig von IPV-Präsident Heinz Hartmann zurückgewiesen.

Nach einer Unterbrechung von 25 Jahren finden im Mai in Berlin die ersten Sozialwahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger statt.

(23. 5.) Harald Schultz-Hencke stirbt überraschend.

(31. 5.) Mitscherlich würdigt Schultz-Henke in einem Beileidsschreiben dankbar als Partner, mit dem er gerungen habe. Die Unbedingtheit, mit der er eine Position vertrat, sichere ihm „die Wirksamkeit über den Tod und über den Kreis seiner unmittelbaren Schüler hinaus. In unserem Kampf um wirkliche tiefenpsychologische Forschung wird er uns sicher fehlen – gerade in Deutschland – nicht nur in Deutschland“¹⁰

(4. 6.) Hochheimer zeichnet ein desolates Bild der Psychoanalyse am IfP nach Schultz-Henckes Tod. Es scheint niemanden zu geben, der profiliert genug ist, um seine Nachfolge anzutreten oder im Zentrum einer „Sammlungsbewegung“¹¹ zu stehen.

(26. 7. – 30. 7.) In London findet der 18. IPV-Kongress statt.

(17. 9.) Mitscherlich sammelt regionale Expertisen zur Honorierung psychotherapeutischer Leistungen. Scheunert, als Vertreter der kassenärztlich tätigen Psychotherapeuten in der Psychotherapiekommission der Vereinigung der Sozialversicherungsärzte (entsprechend der westdeutschen KVD) und als Vorstandsmitglied des Vereins Berliner Nervenärzte e. V. gibt über die verwickelten Berliner Verhältnisse Auskunft: Ersatzkassen sind nicht zugelassen, es gibt nur eine Einheitsversicherung. Scheunert (DPV) und Baumeyer (DPG), als Vertreter des Zentralinstituts für psychogene Erkrankungen der VAB-Berlin, beziehen sich kollegial aufeinander (an Mitscherlich am 30. 9. 1953, DGPT-Archiv).

Gollner berichtet aus Stuttgart: Hier konstellieren sich neue Konfliktfelder hinsichtlich der Honorierung psychotherapeutischer Leistungen. Die Lage in Baden-Württemberg ist undurchsichtig und bestimmt von der Willkür über- und untergeordneter Funktionäre. Vertreter des Landesausschuss' Baden-Württemberg zeigen sich entgegenkommend, der Ortsausschuss desselben Verbandes, im Einvernehmen mit der nervenärztlichen Vereinigung, ablehnend. Auch mit der Ortsstelle der KV scheint keine Regelung möglich. Bei zwei Therapiesitzungen pro Woche (durch Pauschalvergütung) entspricht das Honorar nicht einmal dem eines ungelernten Hilfsarbeiters (an Mitscherlich am 6. 10. 1953, DGPT-Archiv).

(7. 10.) Scheunert informiert Mitscherlich, dass die Honorarverteilungskommission gegen die Vergütung von Psychotherapie einwende, dass der Begriff zu unbestimmt sei. Denn Nervenärzte behaupten: „Wir machen auch Psychoanalyse, bloß eben nicht ganz in Ihrem Sinne.“

¹⁰ Wunderlich, G. (1991), S. 123

¹¹ 4. 6. 1953, Hochheimer an Mitscherlich, zitiert in Locket (1994), S. 260

(15. 10. – 18. 10.) Die 3. Arbeitstagung der DGPT findet im Hamburger Völkerkundemuseum statt. Die Beiträge aus Freud'scher, neoanalytischer, Jung'scher und Adler'scher Sicht sowie aus psychosomatischer Perspektive haben das Thema „Der Mensch unter dem Zwang“ in ihrem Fokus. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (Nr. 249 vom 26. 11. 1953) hebt anerkennend hervor, dass die Schulen nicht starr auf ihrem jeweiligen Standpunkt verharren, sondern aufeinander hören.

Mitscherlich übernimmt von Bitter die Geschäftsführung der DGPT. Bis 1965 bestimmt er – ab 1958 zusammen mit Brocher – die Politik der Gesellschaft. Seine Position legt er bei der Beantragung von Sachmitteln für sein Institut bei der DFG in die Wagschale und weist auf die Notlage einer ganzen Gruppe von Forschern hin, die in Deutschland noch nie eine irgendwie ins Gewicht fallende Unterstützung genossen hätten (1. 3. 1954).

(17. 10.) Hans-Werner Meyer, leitender Arzt an der Poliklinik für Psychotherapie in Berlin-Ost (Karlshorst) stellt, als einziger Kollege aus der DDR, einen Antrag bei der Mitgliederversammlung um Aufnahme bei der DGPT. Im selben Jahr siedelt er nach Wiesbaden über.

Der Berufsverband „Vereinigung Deutscher Psychagogen e. V.“ wird gegründet. Ab 1975 orientiert er sich vorwiegend an psychoanalytischen Konzepten. Die Vereinigung nennt sich nun „Vereinigung Analytischer Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten“. Mitscherlich nimmt im Sachverständigenausschuss des Bundestags Stellung zum Verhältnis von psychosomatischer Medizin und Krankenkasse. Er plädiert für eine Sonderstellung der Psychoanalyse und tritt für die Kostenübernahme einer 25-stündigen Probeuntersuchung und für eine bis zu 150-stündigen analytischen Behandlung ein.¹²

(28. 12.) Als Vorstandsmitglied der DGPT, der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater und Schriftführer der Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie bemüht sich Gottfried Kühnel um die Koordination aller Gesellschaften, die mit Psychotherapie zu tun haben. Er unterbreitet der Westdeutschen Ärztekammer einen Vorschlag zur Etablierung der Psychotherapie. Eine besondere Gruppe sei einzurichten, die fachgerechte psychotherapeutische Leistungen erbringen kann. Dazu müsse eine nachgewiesene Qualifikation erworben werden und vor der Durchführung einer lang dauernden analytischen Psychotherapie die Berechtigung und der Aussichtsgrad einer solchen umfangreichen Maßnahme sichergestellt sein.

Im Landeskrankenhaus Tiefenbrunn, der alten Niedersächsischen Landesheilstätten Rasemühle bei Göttingen, entsteht mit Kühnel und Schwidder ein psychoanalytischer Schwerpunkt im stationären Bereich. Das Institut für Psychoanalyse und Psychotherapie (DPG) Göttingen e. V. (seit 1994 Lou-Andreas-Salomé-Institut) wird von Gottfried Kühnel, Leiter des Krankenhauses Tiefenbrunn, seinem Oberarzt Werner Schwidder und dem frei praktizierenden Psychoanalytiker Franz Heigl gegründet. Schwidder legt mit der „Rosenvilla“ in Tiefenbrunn die Grundlage für eine kindertherapeutische Ausbildung (damals „Psychagogen“). An die von Hermann Nohl bereits 1947 aufgebaute, tiefenpsychologisch ausgerichtete Erziehungsberatungsstelle des Frauenrings knüpft er offiziell nicht an. Zu den Unterstützern des Instituts, in dem auch Erwachsenentherapeuten ausgebildet werden, gehören die Psychoanalytikerinnen Elli Achelis und Margarete Seiff aus Berlin, später Bonn.

1954

¹² Freimüller, T. (2007), S. 196, leider ohne Datum; siehe auch Bericht des Ausschusses zur Erörterung einiger grundsätzlicher Fragen einer Reform der sozialen Krankenversicherung, Beilage zum Dezemberheft 1953 der Zeitschrift *Sozialer Fortschritt*, S. 2 f.

(Juli) Auf dem 6. Kongress für Individualpsychologie wird der frühere „Internationale Verein für Individualpsychologie“ als „Internationale Vereinigung für Individualpsychologie“ (IVIP) mit Generalsekretariat in Zürich neu gegründet. In London gibt Paul Rom den monatlichen „Individual Psychology News Letter“ heraus.

(24. – 26. 9.) Die 4. Arbeitstagung der DGPT (identisch mit dem 3. DGPT-Kongress) in Heidelberg ist von der Auseinandersetzung mit Schultz-Henckes Konzept der Synthese der verschiedenen Schulen durch Amalgamierung geprägt. Daneben wird das nationalsozialistische Gleichschaltungskonzept noch relativ ungebrochen vertreten. Zum Beispiel hieß es noch 1954, dass „Schulstreitigkeiten (Freud, Jung)“ überwunden werden sollten, um zu einer einheitlichen „Seelenheilkunde“ zu kommen (Buder).

Neue berufspolitische Aufgaben sind zu bewältigen: Die Psychoanalyse muss als Therapie einen rechtlichen Rahmen erhalten (das erfordert Auseinandersetzungen und Beratungen mit dem Deutschen Ärztetag); die verschiedenen Strömungen der Psychoanalyse müssen sich zu einer gemeinsamen Handlungsfähigkeit zusammenfinden und eine Aktionsgemeinschaft mit der allgemeinen Ärzteschaft, den Psychotherapeuten und den Nervenärzten schaffen; außerdem ist die Frage des Kassen- und Beihilferechts zu klären. Rechtsanwalt Hellmut Becker wird zum juristischen Berater der DGPT bestellt. Er soll sich um die juristischen Aspekte von Berufsbezeichnung, Gebührenordnung und Kassenzulassung kümmern.

Die DGPT hat 200 Mitglieder und teilt sich in zwei Sektionen auf: in eine für ärztliche Tiefenpsychologen und eine für Tiefenpsychologen mit anderer Vorbildung. Die Verhandlungspartner/-gegner sind die „Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie“ (Kretschmer), die „Deutsche Gesellschaft für Psychologie“ und der „Berufsverband deutscher Psychologen“. I. H. Schultz ist der Repräsentant der DGPT für die Ärzte, Hochheimer für die Nichtärzte.

Anlässlich der 70. Wanderversammlung Südwestdeutscher Neurologen wird die „Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie“ (DGPN) gegründet. Ihr erster Vorsitzender ist Jürg Zutt (bis 1956), der nach einer psychoanalytischen Selbsterfahrung bei Karl Abraham die Psychoanalyse für „überbewertet“ hielt.

(16. 10.) Behnsen, Facharzt für Nerven- und Gemütskrankheiten vom Berufsverband Deutscher Nervenärzte nimmt über Kühnel, Vorstandsmitglied der DGPT, der „Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater“ und Schriftführer der „Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie“, der sich um die Koordination aller Gesellschaften bemüht, Kontakt auf. Der Gebührenordnungsausschuss der „Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammer“ beschneidet psychotherapeutische Leistungen und lehnt es ab, hochwertige Leistungen, die nur aufgrund einer entsprechenden Sonderausbildung möglich sind, an den Nachweis einer derartigen Ausbildung zu knüpfen, da dies dem Grundprinzip der bisherigen Gebührenordnung widerspreche. Der „Berufsverband Deutscher Nervenärzte“, mitbeauftragt von der „Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater“, steht in Verhandlung zur Gestaltung der neuen Gebührenordnung. Er begrüßt eine engere Zusammenarbeit mit der psychotherapeutischen Fachgesellschaft in den Gebührenordnungsfragen und in zahlreichen anderen wirtschaftlichen und standespolitischen Fragen, die der Berufsverband vertritt.

(12. 11.) Kühnel erklärt sich bereit, zur weiteren Klärung wirtschaftlicher und standespolitischer Fragen gegebenenfalls im Rahmen eines Arbeitsausschusses zusammenzuarbeiten. Er betont, dass nur durch den Nachweis einer Qualifikation die Skepsis der Kostenträger gegen eine ausreichende Honorierung und Anerkennung psychotherapeutischer Leistungen überwunden werden könne.

(25. 11.) Anlässlich der Neubearbeitung der Facharztordnung für Ärzte wirft Kretschmer die Frage der Notwendigkeit eines „Facharztes für Psychotherapie“ auf. Es müsse eine

Sonderregelung für die Spezialausbildung in Psychotherapie gefunden werden. Da Nervenärzte Einspruch gegen eine solche Spezifizierung erheben würden, beantragt er beim Präsidium des Deutschen Ärztetages und der „Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammer“ in Köln die Einführung des Zusatztitels „Psychotherapie“, der an eine Sonderausbildung in Psychotherapie gebunden ist.

(Spätherbst) Die Nervenärzte und Psychoanalytiker Wolf-Dietrich Grodzicki und Ulrich Ehebald rufen in Hamburg eine kleine psychoanalytische Arbeitsgruppe ins Leben.

(9. 12.) Die Vorbedingung für eine erfolgreiche Verhandlung mit den Krankenkassen ist die Sicherung der Rechtsstellung der nichtärztlichen Psychotherapeuten, die immer noch auf dem juristisch anfechtbaren „Göring-Erlass“ beruht, und die Schaffung des Zusatztitels „Analytische Psychotherapie“.

1955

Der „Gesamtverband Deutscher Nervenärzte“ wird gegründet. Ihm gehören fast alle Organisationen im Bereich der Nervenheilkunde an („Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde“, „Allgemeine ärztliche Gesellschaft für Psychotherapie“, „Deutsche Gesellschaft für Neurochirurgie“, „Deutsche Vereinigung für Jugendpsychiatrie“, „Vereinigung Deutscher Neuropathologen und Neuroanatomen“, „Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung“, „Deutsche Sektion der internationalen Liga gegen Epilepsie“, „AG für Hirntraumafolgen“ und der „Berufsverband Deutscher Nervenärzte“). Der Neurochirurg und Vorsitzende des ärztlichen Sachverständigenbeirates der Bundesregierung für Fragen der Kriegsoferversorgung Wilhelm Tönnis ist sein Vorsitzender.

(7. 1.) Auf Druck der Ärztekammer (Neuffer), die eine gemeinsame Regelung erwartet, werden Sondierungsgespräche zwischen Kretschmer als Vorsitzendem der AÄGP und der DGPN, I. H. Schultz, Hirschmann, Winkler sowie Kühnel und RA Becker im Auftrag der DGPT zur Einführung des Zusatztitels „Analytische Psychotherapie“ geführt. Kühnel verhandelt eigenmächtig und nicht im Sinne des DGPT-Vorstands.

(4. 2.) Der kollektive Beitritt der DGPT zur AÄGP kann abgewendet werden. Aus taktischen Gründen wird ein einheitliches Vorgehen vereinbart; es werden „Verbindungsmänner“ nominiert.

Mitscherlich schlägt die Einführung einer Zusatzbezeichnung „Analytische Psychotherapie“ vor. Kretschmer lehnt das „Analytische“ ab. In einem „Vereinbarungsentwurf“ einigen sie sich auf einen unspezifischen Rahmen und stellen gemeinsam den Antrag auf Ergänzung der Berufsordnung zur Einführung der Zusatzbezeichnung „Psychotherapie“. Kretschmer stimmt einer Ausbildung nichtärztlicher Psychotherapeuten nicht zu und Mitscherlich verzichtet auf eine obligatorische Lehranalyse, die nur an den DGPT-Instituten verlangt wird.

(24. 2.) Mitscherlichs „Vereinbarungsentwurf zur Psychotherapie“ löst einen Sturm der Entrüstung in den eigenen Reihen aus. Vor allem Dührssen, die besonders engagierte Vertreterin der Neoanalyse, setzt sich für das „Analytische“ ein und sieht in Mitscherlichs Konzessionen an die Ärzte (vor allem der Aufgabe der Lehranalyse) einen Rückschritt gegenüber den Entdeckungen Freuds. Instabilen „kathartischen“ Methoden werde vor den soliden, aber langwierigen analytischen Verfahren der Weg geebnet – zum Schaden der Kranken. Sie betont die Bedeutung der Lehranalyse als wesentlicher Teil der Ausbildung und setzt sich für den Schutz der nichtärztlichen Kollegen ein. Eine Titelseinigung mit nicht analytisch ausgebildeten Psychotherapeuten sei gegenüber den Kranken nicht zu verantworten. Von der DPV sind keine Äußerungen bekannt.

(25., 26. 3.) RA Becker interveniert, beruhigt und erläutert die Taktik des Vereinbarungsentwurfs. Er setzt sich beim Bundesinnenministerium dafür ein, dass nichtärztliche Psychotherapeuten nicht als Heilpraktiker eingeordnet werden.

(13. 6.) Mitscherlichs Konzept verknüpft eine psychosomatische Klinik und Poliklinik mit einem psychoanalytischen Ausbildungszentrum. Sein Bezugspunkt ist die DGPT mit ihrer dem internationalen Standard annähernd gehorchenden Ausbildung. Psychoanalytische Ausbildung und Forschung müssten neu aufgebaut werden, da nahezu alle Lehranalytiker durch die Nationalsozialisten zur Emigration gezwungen worden sind und der Bedarf an gut ausgebildeten Therapeuten immens sei.

(20. 6.) Die DGPT beantragt zusammen mit der AÄGP beim Präsidium des Deutschen Ärztetages und der Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Ärztekammern den Zusatztitel „Psychotherapie“ für Ärzte, die eine anerkannte Psychotherapieausbildung nachweisen können. Am 28. 10. 1955 wird der gleiche Antrag an den Facharztanerkennungsausschuss der Bundesärztekammer gestellt. Der Titel kann nach einer dreijährigen Ausbildung an einem von der Ärztekammer legitimierten Institut der DGPT oder der Klinik von Kretschmer verliehen werden. Es werden Kenntnisse der verschiedensten psychotherapeutischen Behandlungsformen (wie autogenes Training, Hypnose etc.) verlangt und mindestens 600 Behandlungsstunden von zehn Patienten. Das Mindestalter bei Beginn der Ausbildung soll in der Regel 30 Jahre betragen. Über die Notwendigkeit einer Lehranalyse entscheidet das jeweilige Ausbildungsinstitut.

(17. 8.) Das Gesetz zum Kassenarztrecht (GKAR) wird verabschiedet. Die bisherigen selbstständigen Kassenärztlichen Vereinigungen werden in der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) als Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeschlossen. Den frei praktizierenden Ärzten wird ein fast vollständiges Monopol für die ambulante Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung übertragen; die Krankenhausambulanzen, Ambulatorien der Krankenkassen und Universitätspolikliniken werden weitgehend ausgeschaltet. Für die Übertragung des Sicherstellungsauftrags bei Ausschaltung von konkurrierenden Anbietern verzichten die Ärzte auf das Streikrecht. Für die Vergütung der ärztlichen Leistungen lässt das Gesetz verschiedene Systeme zu: Kopfpauschale, Fallpauschale, Honorierung nach Einzelleistung oder Mischformen. Mit dem Gesetz über die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen und Ersatzkassen werden die Landes- und Bundesverbände der gesetzlichen Krankenkassen gegründet. Das Bundesinnenministerium beschließt eine Neufassung des Heilpraktikergesetzes in Absprache mit der früheren Westdeutschen Ärztekammer und deren Nachfolgerin, der Bundesärztekammer.

(24. 7. – 28. 7.) Der 19. IPV-Kongress findet in Genf statt.

(30. 9. – 2. 10.) Die 5. Arbeitstagung der DGPT ist die erste öffentliche Tagung. Sie wird im Anschluss an den 20. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie – Thema „Entwicklung und Reifung unter tiefenpsychologischen Aspekten“ – in den Räumen der Berliner Freien Universität durchgeführt.

Die Vorstandswahl der Mitgliederversammlung ergibt eine Bestätigung Bitters als Vorsitzendem und Mitscherlichs als Geschäftsführer.

(1. 11.) Die „Hamburger Psychoanalytische Arbeitsgemeinschaft“ wird von Ulrich Ehebald und Wolf-Dietrich Grodzicke gegründet. 1959 wird sie als Ausbildungsinstitut der DPV und der International Psychoanalytic Association (IPA/IPV) anerkannt und 1962 folgt die Anerkennung durch die DGPT. Ab 1957 und bis zu seinem Tod im Januar 1971 kommt Michael Balint regelmäßig – auch zusammen mit Willi Hoffer – mindestens einmal im Jahr zu Seminarveranstaltungen und Fortbildungskursen nach Hamburg.

(3. 11.) Der gemeinsame Antrag von Kretschmer und Mitscherlich wird bei dem Facharztanerkennungsausschuss der Bundesärztekammer eingereicht. Der Ausschuss lehnt den Zusatztitel „Psychotherapie“ mit der Begründung ab, dass unnötige Spezialisierung betrieben würde und empfiehlt dem bevorstehenden Ärztetag seine Ablehnung.

(5. 11.) Das Bundesjustizministerium fordert die DGPT dazu auf, Vorschläge zur Neugestaltung des Paragraphen 51 StGB (Zurechnungsfähigkeitsbeurteilung) zu unterbreiten, in denen tiefenpsychologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

(3. 12.) Bitter sucht Unterstützung bei Müller-Braunschweig gegen Mitscherlichs autoritären und unkollegialen Führungsstil. So hatte Mitscherlich auf die Anfrage des Bundesjustizministers an die DGPT zur Strafrechtsreform persönlich, ohne Rücksprache mit seinen Vorstandskollegen reagiert. Das Gutachten enthalte diverse Einseitigkeiten, die hätten vermieden werden können, und Desavouierungen von Kollegen. Bitter erwägt, den DGPT-Vorsitz niederzulegen.

1956

(6. 1. / 16. 1.) Mitscherlich wird als außerordentliches Mitglied in die DPV aufgenommen. Erst nach Absolvierung einer Lehranalyse bei einem IPV-Analytiker und einer entsprechenden Bescheinigung darf er den Antrag auf Vollmitgliedschaft stellen. Mitscherlich reagiert enttäuscht auf diese „Verordnung“. Freiwillig und zu einem von ihm selbst bestimmten Zeitpunkt – der auch nach der Aufnahme als Mitglied hätte liegen können – wäre er gern bereit, eine Lehranalyse zu absolvieren. Er beugt sich aber der DPV-Forderung. Der Wahldurchgang für Mitscherlich musste wiederholt werden, da ein DPV-Mitglied an der Wahllegitimation von Johanna Schmoeckel gezweifelt hatte (24. 12. 1955). Johanna Schmoeckel, sogenannte Halbjüdin, war als Einzige außerordentliches Mitglied der DPV und Mitglied des IfP.

(3. 2.) Dem Psychosomatiker Arthur Jores, der die Zersplitterung der Hamburger Psychoanalytikergruppierungen beklagt, hält Mitscherlich entgegen, dass es auf „echte Toleranz“ ankomme und den Vereinheitlichungswünschen der Neoanalytiker machtpolitische Motive zugrunde lägen. Als Beispiel zitiert er Kühnel, der vertreten habe, dass „der Fortbestand der orthodoxen Psychoanalyse von der hohen Lebenserwartung arteriosklerotischer Greise“ abhängen.

(25. 2.) Kretschmer wird in das Ehrenpräsidium der DGPT aufgenommen, zu dem folgende Persönlichkeiten gehören: Bally, Binswanger, Bondy, Curtius, von Gebattel, Heiss, Jores, Kemper, Köberle, Künkel, Maeder, Mohr, Müller-Braunschweig, Schulte, I. H. Schultz, Siebeck und von Weizsäcker.

(1. 4.) Fritz Künkel stirbt in Los Angeles.

(7. 4.) Die Ständige Konferenz der Facharzausschussvorsitzenden der Landesärztekammern lehnt die Annahme der Zusatzbezeichnung „Psychotherapie“ mit der Begründung ab, dass es sich bei Psychotherapie nicht um eine Tätigkeit handele, die andere Ärzte nicht auch ausüben. Die letzte Entscheidung liegt bei der Delegiertenversammlung des Deutschen Ärztetages. Im Gegensatz dazu plädiert der geschäftsführende Vorstand der Bundesärztekammer und ihr Präsident Hans Neuffer dafür, den Zusatz „Psychotherapie“ in die Berufsordnung aufzunehmen, und hofft die Delegierten überzeugen zu können.

(27. 4.) Neuffer ermutigt die DGPT (Bitter) darin, sich weiter für den Zusatztitel einzusetzen. Um die Bedeutung des Zusatztitels als vorwiegend ärztliche Qualifikation hervorzuheben,

betont Bitter Neuffer gegenüber, dass in Zukunft „fast ausschließlich Ärzte“ an den DGPT-Instituten ausgebildet würden. Falls die ärztlichen Stadesorganisationen den Zusatztitel nicht schnellstmöglich befürworteten, würden sich die Diplom-Psychologen der Universitäten des Feldes bemächtigen und unter dem Titel Erziehungs-, Ehe- und Berufsberatung Neurosen-therapie betreiben.

(6. 5.) Zu Ehren von Freuds 100. Geburtstag organisiert Mitscherlich zusammen mit dem Institut für Sozialforschung (Horkheimer und Adorno) eine Vorlesungsreihe in Frankfurt und Heidelberg, die von der Universität Heidelberg, der Frankfurter Universität und der Rockefeller Foundation finanziert wird. Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn erklärt in einer Ansprache die Durchdringung der Politik durch Psychoanalyse als den wirkungsvollsten Schutz gegen Diktatur. Erik Erikson ist der Festredner. Exponenten der internationalen psychoanalytischen Prominenz beteiligen sich an der Feier und dem folgenden Vortragszyklus. Zu der sich anschließenden Vorlesungsreihe kommen Franz Alexander, Michael Balint, Gustav Bally, Ludwig Binswanger, Edoardo Krapf, Herbert Marcuse, René Spitz, Erwin Stengel, Frederick Wyatt und Hans Zulliger. Auch in Berlin wird Freuds Geburtstag feierlich begangen. Die DPG, das Institut für Psychotherapie und das Zentralinstitut für psychogene Erkrankungen laden ins Schöneberger Rathaus ein. Felix Boehm trägt seine persönlichen Erinnerungen an Sigmund Freud vor und Werner Schwidder spricht über Freuds technische Schriften und die Weiterentwicklung der psychoanalytischen Behandlungstechnik. Die DPV feiert Freud in privatem Rahmen.

(11. 5.) Bitter sieht den Grund für die Ablehnung des Psychotherapietitels in der Überfüllung des Ärzteberufs und die Angst der Ärzte, dass der „Einbruch“ nichtärztlicher Psychotherapeuten unaufhaltsam wird. Zur Überzeugung von Delegierten könnte man argumentieren, dass jungen Ärzten durch den Zusatztitel der Erwerb einer besonderen Qualifikation vor den Diplom-Psychologen angeboten wird. Auch sieht er in der Therapie von neurotischen Kriminellen ein neues Betätigungsfeld.

(5. 6. und 23. 8.) Alle Bücher Wilhelm Reichs, in denen der Begriff „Orgon“ enthalten ist, werden auf seinem Anwesen in Rangeley/Main, USA auf richterliche Anordnung verbrannt.

(23. 6.) Der Vorschlag der DGPT zur Strafrechtsreform sieht die Einbeziehung einer möglicherweise neurotischen Persönlichkeitsstörung eines Täters in die Zurechnungsfähigkeitsbeurteilung vor. Während das Bundesjustizministerium einen Vertreter der DGPN bei der Beratung der Strafrechtskommission zulässt, wird der Wunsch der DGPT, einen Zuhörer teilhaben zu lassen, abgelehnt. Es entsteht der Eindruck, dass Psychotherapie auf die Ebene des Strafvollzugs abgedrängt wird. So bewilligt der Baden-Württembergische Landtag 25.000 DM für die psychotherapeutische Behandlung von jugendlichen Tätern.

(4. 8.) Die Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (Zutt, Villinger, Ehrhardt) sehen in der Psychotherapie ein Teilgebiet der Neuropsychiatrie. Deshalb verstehen sie sich als Ansprechpartner der zuständigen Ärztekammern. Sie wehren sich gegen den Antrag von AÄGP und DGPT zur Einführung des Zusatztitels und sehen darin eine Beschneidung ihres angestammten Betätigungsfeldes. Gleichzeitig anerkennen sie, dass auch in anderen fachärztlichen Bereichen Psychotherapie zur Anwendung kommt. Sie fürchten, dass die Patienten bei mangelnder psychotherapeutischer Qualifikation von Ärzten beim nichtärztlichen Psychotherapeuten „landen“ und damit der „wilden Psychotherapie“ und dem „psychotherapeutischen Sektierertum“ Vorschub leisten. Ausbildungsstätten für Psychotherapie sollten in erster Linie in den Universitäts-Nervenkliniken angesiedelt und in den Medizinischen Fakultäten verankert sein. Weiter solle Psychotherapie und medizinische Psychologie in den Studienplan von Medizinern eingebaut werden.

(22. 9.) Der 59. Ärztetag in Münster spricht sich – nach einer temperamentvollen Rede von Neuffer, intensiver Lobbyarbeit der DGPT und trotz einer Reihe von Gegenanträgen – für die Einführung der Zusatzbezeichnung „Psychotherapie“ in die neue ärztliche Weiterbildung aus. Die Ständige Konferenz der Facharztchussvorsitzenden der Landesärztekammern wird in Zusammenarbeit mit den psychotherapeutischen Fachgesellschaften mit der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen beauftragt. Bis zum nächsten Ärztetag soll eine Einigung mit der DGPN über die Weiterbildung, die zur Führung des Zusatztitels berechtigt, herbeigeführt werden.

Die Erteilung des Zusatztitels gehört in den Bereich der einzelnen Landesärztekammern.

Eine überregionale, allgemein verbindliche Regelung kommt nicht zustande.

Die öffentliche Anerkennung der Psychoanalyse wird durch die Gründung des Instituts und Ausbildungszentrums für Psychoanalyse und Psychosomatik in Frankfurt als Landeseinrichtung besiegelt.

(10. 11.) Die DGPT-Ausbildungsrichtlinien werden vom DPV-Vorsitzenden Gerhard Scheunert als „im großen und ganzen IPV-konform“ angesehen. Die einzig „zwingende“ DPV-Empfehlung bezieht sich darauf, zwei Lehranalysen unterschiedlicher Richtung zu durchlaufen (Protokoll der 1. Generalversammlung der DPV, DGPT-Archiv).

(15. – 17. 11.) Anlässlich der 6. Arbeitstagung der DGPT in Göttingen wird über Probleme bei der Kombination von Einzel- und Gruppentherapie während einer Lehranalyse gesprochen.

RA Becker informiert die Mitgliederversammlung der DGPT neben der Entscheidung für den Zusatztitel über die rechtliche Stellung der nichtärztlichen Psychotherapeuten. Sie unterliegen nicht dem Heilpraktikergesetz und arbeiten psychotherapeutisch mit Ärzten zusammen. Sobald der Zusatztitel und die Stellung der ärztlichen Mitglieder gesichert ist, sollen die nichtärztlichen Mitglieder an dieser Regelung teilhaben, da sie ja die gleiche Ausbildung vorweisen können.

Der DGPT-Vorstand fordert die Mitglieder dazu auf, den Vorstand bei Gründung einer Arbeitsgruppe mit Ausbildungscharakter zu unterrichten und sein Votum abzuwarten. Die Anerkennung hängt von der Berücksichtigung der Ausbildungsrichtlinien ab.

1957

Privatversicherungen bieten für psychotherapeutische Leistungen ein unverhältnismäßig niedriges Honorar: Psychoanalyse, Hypnose und psychotherapeutische Übungen werden als Teil der sogenannten kleinen Heilmittel wie Brillen, Bruchbänder etc. abgerechnet.¹³

(8. 1.) Viktor von Weizsäcker stirbt im 71. Jahr in Heidelberg nach längerer Krankheit.

(23. 1.) Wilhelm Bitter gründet die „C. G. Jung-Vereinigung“, ein Ausbildungsinstitut für Erwachsenen- und Kinderpsychotherapeuten in Stuttgart. C. G. Jung ist ihr Ehrenvorsitzender. Die Vereinigung geht 1960/1961 in der „Deutschen Gesellschaft für Analytische Psychologie“ auf. Mitscherlich beschwert sich, dass Bitter ihn nicht über die Gründung informiert hat.

(Frühjahr) Hamburg: Froboese, Kalau vom Hofe, Achelis und Ehebald erwägen eine Institutsgründung aller tiefenpsychologischen Richtungen. Da eine Zusammenarbeit mit Derbolowsky abgelehnt wird, kommt es nicht dazu.

¹³ Das Honorar wird über die Ziffer 22 f der Preußischen Gebührenordnung abgerechnet: das sind 8 DM pro Stunde mit jährlicher Höchstpauschale.

(5. 3.) Die Psychiater fordern – angesichts der divergierenden tiefenpsychologischen Schulen – eine klarere Definition von „großer Psychotherapie“.

(8. 3.) Der Verbindungsausschuss von „Deutscher Gesellschaft für Psychologie“, „Berufsverband deutscher Psychologen“ und der DGPT beschließt, dass Tiefenpsychologie und Psychologie im Medizinstudium vertreten sein sollen. Weiter sollen Tiefenpsychologie und Pädagogik in die Studien- und Prüfungsordnung des Faches Psychologie einbezogen werden.

(11. 4.) Bitter und Baumeyer fürchten, dass die an die Psychiater (DGPN) gemachten Konzessionen im „Vereinbarungsentwurf“ den Rahmen für eine psychotherapeutische Ausbildung zu allgemein und unbestimmt entwerfen und damit der Gefahr einer unkontrollierten Ausbildung Vorschub leisten. Unter dem Druck des Deutschen Ärztetages (29. 6. 1957) stimmen sie dann doch der dreijährigen Ausbildungszeit ohne Spezifizierung zu.

(18. 4.) Die Konflikte zwischen Mitscherlich und Bitter eskalieren. Mitscherlich wirft Bitter vor, mit Neuffer ohne Rücksprache verhandelt zu haben. Die DGPT habe zwei Regierungen. Mitscherlich bietet seinen Rücktritt an, damit Vorsitz und Geschäftsführung in Bitters alleiniger Hand verbleiben. Auch Bitter will zurücktreten.

(30. 4.) RA Becker vermittelt im Interesse der Gesellschaft zwischen Bitter und Mitscherlich. Folgende Aufgaben erfordern den Zusammenhalt: Auseinandersetzung um den Zusatztitel; Verhandlungen mit den Kassen; Schwierigkeiten mit den Psychiatern; Schwierigkeiten mit den Gesundheitsämtern; Gefährdung der Rechtsstellung der Nichtärztlichen.

(15. 6.) Die AÄGP und die DGPN werden zu Bündnispartnern der DGPT, ebenso die Kassenärztliche Bundesvereinigung. Auf dem Bundesärztertage in Köln werden die Baden-Badener-Richtlinien verabschiedet: eine Abklärung und Vereinheitlichung der Ausbildungsrichtlinien nach international anerkannten Grundsätzen. Die sechs Ausbildungsinstitute der DGPT sind das Institut für Psychotherapie, Berlin (Baumeyer), das Berliner Psychoanalytische Institut (Scheunert), das Institut für Psychotherapie e. V., Göttingen (Schwidder), die Abteilung für psychosomatische Medizin, Heidelberg (Mitscherlich), das Institut für Psychologische Forschung und Psychotherapie, München (Seitz) sowie das Institut für Psychotherapie und Tiefenpsychologie, Stuttgart (Brocher). Bremen verzichtet zunächst auf eine Institutsgründung.

(8. 7.) „Psychoanalyse“ (in ihrem umgangssprachlichen Sinne) ist weiterhin kassenrechtlich in der amtlichen Gebührenordnung verankert.

(1. 8.) Nach dem Beschluss des 60. Deutschen Ärztetages sind der Schutz des Berufs des Psychotherapeuten und eine sachgerechte Ausbildung nicht gewährleistet (Niedersächsisches Ärzteblatt). Beschlüsse des Ärztetages haben nur den Charakter von Richtlinien.

(19. 9.) Der Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten für Psychotherapie ist zu einem brennenden Problem geworden. Für die DGPT hat RA Becker sich an die WHO gewandt, die bereit ist, zweijährige „fellowships“ für Ärzte, die von der DGPT vorgeschlagen werden, zu gewähren. Der Antrag muss von der Deutschen Bundesregierung gestellt werden. Becker erbittet die Unterstützung der Ärztekammer und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

(29. 10.) Bitter schlägt Mitscherlich Richtlinien für Lehranalytiker und die Ausbildungskontrolle der DGPT-Institute nach amerikanischem Vorbild vor.

(28. 7. – 1. 8.) Der 20. IPV-Kongress findet in Paris statt.

(6. 12.) Mitscherlich beschließt, sich von allen Verpflichtungen außerhalb der Klinik zurückzuziehen, da er die von ihm zu erledigenden organisatorischen Schritte zur Sanierung der Psychoanalyse in Deutschland mit „einigem Erfolg“ abgeschlossen habe. Er geht nach London zur Lehranalyse bei Paula Heimann.

1958

Angeregt von Hans Alfken, wird die „Ärztliche Arbeitsgemeinschaft für Psychotherapie“ von Ina Böhlendorf in Hannover gegründet. Psychologen nehmen von Anfang an teil.

Die Patienten erzeugen Druck bei Krankenversicherungen, kommunalen und betrieblichen Sozialdiensten, Kliniken und Arztpraxen zur Unterstützung der Kosten bei psychotherapeutischen Behandlungen (zunächst setzen sich vor allem Patienten aus Einrichtungen mit stationärer Psychotherapie für die Kostenübernahme bei der ambulanten Nachbehandlung ein). Die Planung einer neuen Gebührenordnung mobilisiert die DGPT (empfohlen von Masuch).

(30. 4.) Die Ausbildungsbestimmungen für Psychotherapeuten werden gemäß den Baden-Badener Richtlinien zur Berufsordnung §35, Abs. III festgelegt.

(April) Zwischen der DGPT und der „Berufsvereinigung der Psychagogen“ mit Ausbildungsinstituten in Stuttgart, Heidelberg, München, Berlin, Bremen und Hannover wird ein Verbindungsausschuss gegründet.

(17. – 19. 4.) Die 7. Arbeitstagung der DGPT findet in Wiesbaden als „Öffentlicher Kongress“ im Anschluss an den Internistenkongress statt. Das Leitthema heißt „Psycho-somatische Medizin und Sozialpsychologie“. Solch ein öffentlicher Kongress findet von 1958 bis 1964 im Wechsel mit internen Arbeitstagungen alle zwei Jahre in Wiesbaden, im Anschluss an den dort tagenden Kongress der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM) statt. Dadurch sollen interessierte Teilnehmer unter den Internisten für die Psychotherapie gewonnen werden. Als besonders prominenter Sprecher äußert sich Theodor W. Adorno vom Frankfurter Institut für Sozialforschung zu „Sicherung und Magie – Zur Kritik der sozialen Funktion des Aberglaubens“. Die DGPT gründet eine Sozialrechtskommission, die auf Bundesebene die Verhandlungen mit den Spitzverbänden führen soll, um eine grundsätzliche Klärung der Gesetzeslage zu schaffen.

(21. 5.) Anlässlich der Konferenz der ständigen Facharztvorsitzenden (KFAV) und der Bundesärztekammer bringt die DGPT (Mitscherlich) Ausführungsbestimmungen für die Anerkennung der Weiterbildung zur Erlangung des Zusatztitels „Psychotherapie“ ein. Er fordert theoretische Grundlagenkenntnisse, selbstständig unter Kontrolle durchgeführte therapeutische Behandlungen, eine Lehranalyse (fakultativ) und eine Weiterbildung an einer Einrichtung mit einer genügenden Zahl in großer Psychotherapie ausgebildeter Fachkräfte. DGPN und AÄGP stimmen den Vorschlägen zu. Ihm wird entgegengehalten, dass die Spezifikation der Ausbildungsbedingungen schärfer als bei anderen Facharzttiteln formuliert sei, die Freiheit der Lehre gefährdet sei und grundsätzlich eine so präzise Bindung der Weiterbildung an bisherige Geflogenheiten der ärztlichen Ausbildung widerspreche. Eine überregionale Regelung kommt nicht zustande. Die KFAV überlässt die Annahme der Vorschläge den einzelnen Landesärztekammern.

(7. 7.) Die „Arbeitsgruppe Rheinland für analytische Psychotherapie“ wird in Köln von Günther Elsässer gegründet. Mitglieder sind Thea von Beckerath, Gerhard Kloska, Melitta Mitscherlich, Rolf Piehler, Hans Quint, Magda Quint und Margarete Seiff – alle auch Mitglieder der DGPT. Es gilt als „kleines Institut“ und arbeitet mit dem Göttinger Institut zusammen.

(24. 7.) Karl Klüwer wird als Delegierter der DGPT zur Jahrestagung der WHO entsandt.

(6. 9.) Die „Internationale Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie“ (IGAP) wird in Barcelona gegründet. Ihr Präsident ist Medard Boss. Im Vorstand sind Sarro, Fierz, Carp, Bierer, Eeg-Olofson, Frankl und Weigert. Die psychotherapeutischen Gesellschaften der einzelnen Länder werden Kollektivmitglieder. Nichtärzte sind ausgeschlossen. Deshalb entscheidet sich die DGPT gegen eine Mitgliedschaft.

(20. 9.) Felix Boehm stirbt in Berlin.

(12. 10.) Carl Müller-Braunschweig stirbt in Berlin.

(10. 11.) In Bezug auf die Finanzierung von ambulanter Psychotherapie droht eine grundsätzlich Begutachtung durch den Nervenarzt Schellworth, bei der Nervenärzte dominieren und Nichtärzte ausgeschlossen werden. Die DPG (Wiegmann) hofft, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zusammen mit dem BPI vertreten zu können und damit auch die Beziehung zwischen DPG und DPV zu verbessern.

(1. 12.) Die Ausbildungsbestimmungen zum Führen des Zusatztitels „Psychotherapie“ sind, im Gegensatz zur Facharztordnung für andere Fachärzte, sehr spezifiziert. Die DGPT wird nicht Kollektivmitglied der neu gegründeten „Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie“, da dort keine Nichtärzte aufgenommen werden.

(15. 12.) Die DGPT beschließt Musteranträge in einzelnen Landesärztekammern einzubringen, um eine regionale Anerkennung des Zusatztitels und der dazugehörenden Ausbildungsvoraussetzungen zu erwirken. Die Initiative von Baumeyer, als Leiter des Aktionskomitees der Landesärztekammern, ist hier besonders gefragt. Die Bundesanstalt für Angestellte in Berlin finanziert „große Psychotherapie“ mit Mindestsätzen von 15,00 – 20,00 DM pro Stunde (inkl. Zuzahlung des Patienten) bis zur Heilung. Die gleichen Sätze gelten für Bewährungsstrafäter mit der richterlichen Auflage sich in Therapie zu begeben.

1959

(4. 1.) Die DPG hat – laut Generalversammlung – „ein stilles Leben geführt“. Mit dem Vorstandswechsel von Baumeyer zu Schwidder soll sie sich nun mit neuem Schwung und intensiver in Westdeutschland verankern.

(17. 3.) Der DGPT-Vorstand erstellt eine vorläufige Lehranalytikerliste auf Grundlage der Anerkennungen durch die jeweiligen Institute.

(8. 5. – 10. 5.) Das Thema der 8. Internen Arbeitstagung der DGPT in München ist „Angst und Neurosenstruktur“.

(7. 5.) Nach den Empfehlungen der Ärztetage von 1957 und 1958 zur Einführung des Zusatztitels „Psychotherapie“ anerkennen die Landesärztekammern von Niedersachsen, Hessen, Westfalen-Lippe und Baden-Württemberg die Baden-Badener Beschlüsse. Die

restlichen sechs Landesärztekammern hatten sich noch nicht festgelegt (Protokolle der erweiterten DGPT-Vorstandssitzung).

(7. 5.) In der Vorstandssitzung schlägt Baumeyer vor, auf einer Arbeitstagung über die Lage der Psychotherapie und die Entwicklung des „Pawlowismus“ in der Ostzone berichten zu lassen.

Weiter wird beschlossen, kein Grußtelegramm anlässlich des 70. Geburtstags von Ernst Speer zu versenden.

(23. 7.) Scheunert, der die Leitung des BPI an Richter abgibt und nach Hamburg geht, aber DPV-Vorsitzender bleibt, äußert sich Günther Ammon gegenüber enttäuscht darüber, dass IPV-Analytiker, die Berlin besuchen, das IfP („Baumeyer-Institut“) aufsuchen und nicht das BPI.

(5. 11. – 8. 11.) In der Medizinischen Universitäts-Poliklinik Jena findet mit ca. 70 Teilnehmern der VIII. Fortbildungslehrgang in Psychotherapie statt – unter Leitung von Kleinsorge und mit deutlicher Abgrenzung von Freuds „Übertragungskonzept“. Erfolgsberichte über „rationale Psychotherapie“, oft mit „Ruhehypnose und Autogenem Training“ kombiniert, geben Hofmann und Klumbies, der auch „Traumanalyse“ einbezieht. B. Bauer arbeitet mit dem Wartegg-Zeichentest, dem Rohrschach-Deutetest, mit katathymem Bildererleben und Hypnose. Höck stellt die Problematik von Gruppenpsychotherapie dar, die, seinem historischen Überblick zufolge, am Beginn einer 3. psychiatrischen Revolution steht. Wartegg führt „intentionales Training“ als verkürzte, gezielte Gruppentherapie zur „kollektiven Realanpassung“ zum Ausgleich von biografisch regulierenden Verfahren durch.

(26. 7. – 30. 7.) Der 21. IPV-Kongress findet in Kopenhagen statt.

(23. 11.) Ernst Speer gibt die Leitung der Lindauer Psychotherapiewoche an Helmut Stolze (München) ab.

In Stuttgart konstituiert sich der Verein „Haus für Neurosekranken e. V.“. Er geht auf die Idee von Johanna Läßle und Wilhelm Bitter zurück, die Frauen und ihre Verbände dafür interessieren konnten, eine stationäre Einrichtung für neurotisch kranke Menschen zu gründen. Der DGPT-Vorstand steht dem Vorhaben skeptisch gegenüber.

(20. – 22. 11.) Im Savigny-Hotel in Frankfurt trifft sich ein enger Kreis ausländischer Paten zur Unterstützung von Mitscherlichs Frankfurter Institut: Aus Holland kommen Jeanne Lampl-de Groot, Pieter van de Leeuw und Piet Kuiper, aus London Paula Heimann, Michael Balint und Willi Hoffer, aus Paris Béla Grunberger, aus Wien Wilhelm Solms und Alois Becker und aus Zürich Gustav Bally und Paul Parin.

1960

1960 wird zum Weltgesundheitsjahr erklärt.

In der Psychiatrischen Universitätsklinik sammeln sich um Oberarzt Wolfgang Bister Psychoanalyseinteressierte. Aus dieser Gruppe heraus wird fünf Jahre später das „Psychoanalytische Seminar Freiburg“ gegründet.

(27. 4.) In einer feierlichen Zeremonie, zu der die Vorsitzenden aller europäischen psychoanalytischen Vereinigungen anwesend sind, wird das „Institut und Ausbildungszentrum für Psychoanalyse und Psychosomatische Medizin“ in Frankfurt durch Mitscherlich eröffnet. Einerseits ist keiner der drei noch lebenden Mitglieder des alten Frankfurter psychoanalytischen Instituts Fuchs/Foulkes, Fromm oder Meng eingeladen worden, andererseits bemüht sich Mitscherlich vergebens, freudianische, emigrierte,

jüdische Psychoanalytiker dauerhaft nach Frankfurt zu holen. Das Institut hat die Rechtsform einer Landesbehörde und ist dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst nachgeordnet. Es ist in drei Abteilungen gegliedert: eine klinische unter Hermann Argelander, eine psychologische unter Horst Vogel und eine sozialpsychologische unter Tobias Brocher. Mitscherlich ist nun Klinikleiter in Heidelberg und Institutsleiter in Frankfurt.

(28. – 30. 4.) Die 9. Arbeitstagung der DGPT findet als öffentlicher Kongress in Verbindung mit dem Internistenkongress in Wiesbaden statt. Der Mitgliederversammlung wird der Modus der Lehranalytikerwahl (Vorschlag aus dem jeweiligen Institut nach sechs Kriterien, Entscheidung durch das DGPT-Lehranalytikergremium) bekannt gegeben; die Wahl muss besonders streng durchgeführt werden, um eine klare Verhandlungsposition den anderen Fachgesellschaften gegenüber zu haben. Demnach soll ein Lehranalytiker Anforderungen erfüllen, die denen eines Universitätsdozenten entsprechen.

(9. – 10. 6.) Die Tagung der Medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie findet in Leipzig statt. Das Thema ist „Psychohygiene – Psychotherapie“. Es kommen 26 Teilnehmer aus der DDR, zwei aus dem Ostblock und keiner aus dem Westen. Müller-Hegemann kritisiert in seinem historischen Überblick die Tendenz der westlichen Welt, „soziale Probleme und Aufgabenstellungen zu psychologisieren“. Auf dieser Tagung wird am 10. 6. die Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie (GäPT) der DDR gegründet. Die Vorstandsmitglieder sind Müller-Hegemann (1. Vorsitzender), Kleinsorge (2. Vorsitzender), Klumbies (Sekretär) und Wendt (Schatzmeister).

(15. 7.) Die in Hamburg bestehende psychoanalytische Arbeitsgruppe nennt sich nun „Hamburger Psychoanalytisches Institut, Arbeitsgruppe Hamburg der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung e. V.“. Dieses Institut fungiert als „kleines Institut“ und arbeitet mit dem Berliner Psychoanalytischen Institut (BPI) zusammen.

(5. – 9. 9.) Die DPV begeht feierlich ihr zehnjähriges Bestehen in der Berliner Kongresshalle und verbindet das Jubiläum mit einer Arbeitstagung. Hoffer, Scheunert und Mitscherlich sind die Festredner. Anna Freud, Marie Bonaparte und Willy Hoffer wird die Ehrenmitgliedschaft der DPV verliehen.

Der erste Band *Jahrbuch der Psychoanalyse*, herausgegeben von Scheunert, Dräger, Meistermann-Seeger und Richter, erscheint als Festgabe zum Jubiläum.

Baumeyer (DPG) ist gekränkt, dass er über seine Mitarbeiterin Johanna Schmoekel von der Veranstaltung erfährt und erst anschließend halbherzig eingeladen wird. Im Hintergrund steht das unberechtigte Misstrauen der DPV, dass ein der DPG nahestehender Gutachter die von der DPV beantragten Zuschüsse abgelehnt hätte.

Scheunert äußert sich gegenüber „Herrn M. Brandt“ (wahrscheinlich ist die aus Berlin emigrierte, in Jerusalem lebende Psychoanalytikerin Miriam Brandt gemeint) empört über das 50-jährige DPG-Jubiläum der „Schultz-Hencke-Gruppe“, die sich „neuerdings“ auf ihren Briefbögen als „gegründet 1910“ bezeichnet.

(16. 9.) Aus einem Schreiben von Westerman-Holstijn (Amsterdam) an Grinker (Chicago) werden Überlegungen zu dem Konzept der neuen „Internationalen Föderation Psychoanalytischer Gesellschaften“ (IFPS) angestellt. Dabei soll der persönliche Kontakt von europäischen und amerikanischen Psychoanalytikern gepflegt und gefördert werden, aber keine neue Dachgesellschaft entstehen, die sich in regionale Belange oder Ausbildungsfragen mischen will – auch keine Konkurrenz zur IPV, im Gegenteil: Die Gesellschaft soll den Rahmen für einen freien wissenschaftlichen Austausch undogmatischer Psychoanalytiker bieten. An den Vorüberlegungen, die anlässlich einer psychoanalytischen Konferenz zur weiblichen Sexualität in Amsterdam entstehen, nehmen die „Société Francaise de Psychanalyse“, die „Nederlands Psychoanalytisch Genootschap“, die DPG, die psychoanalytische Gruppe Straßburg, die neu gegründete belgische Gesellschaft für

Psychoanalyse und die „New Yorker Society of Freudian Psychologists“, Wiener Arbeitskreis für Tiefenpsychologie“ teil – außerdem einige prominente Psychoanalytiker wie Hesnard, Lagache, Laforgue, Reik und Alexander. Die meisten Teilnehmer gehören nicht der IPV an.

(26. 9.) Anlässlich einer internen Tagung in Frankfurt tauschen sich DGPT, DGNP und AÄGP über Grundauffassungen zur Behandlungstechnik, über ihre psychotherapeutischen Methoden und die sich daraus ergebenden Folgen für die Weiterbildung und verwaltungsrechtliche Konsequenzen aus. Weiter soll eine gemeinsame Antwort auf die Anfrage der Bundesärztekammer vom 8. 11. 1958 erarbeitet werden. Denn in der Ständigen Konferenz („Dreierkommission“) war es bisher nicht gelungen, sich über die Minimalvoraussetzungen für eine Weiterbildungsstätte und über inhaltliche Weiterbildungsvoraussetzungen zu einigen.

(27. 10.) Die DPV kündigt an, ihre Lehranalysen mit mindesten vier oder fünf Wochenstunden durchzuführen.

(Okt.) I. H. Schultz und sein Schüler Göbbels geben Richtlinien zur Psychotherapie für private Krankenversicherungen heraus, die mit der DGPT als offiziellem politischem Ansprechpartner nicht abgestimmt sind. In den Richtlinien wird „die kleine Psychotherapie“ (autogenes Training etc.) propagiert. Der DGPT-Vorstand sieht darin einen Schachzug, um die finanziellen Verhältnisse der Nervenärzte mit geringem Qualifikationsaufwand zu sanieren. Damit werde die gesamte analytische Psychotherapie in Misskredit gebracht.

Bitters Gründung eines „Studios für angewandte Tiefenpsychologie mit Jugend-Studio“ führt erneut zu Spannungen zwischen ihm und dem DGPT-Vorstand (vertreten durch Brocher, Mitscherlich und Becker), der sein Angebot einer analytischen Schmalspurerfahrung für unseriös hält. Es sei selbstmörderisch für die DGPT, als deren Ehrenpräsident Bitter noch operiert.

(4. – 6. 11.) Auf der Jahrestagung der DPG in Göttingen wird das 50-jährige Bestehen der Gesellschaft gefeiert. 178 Ärzte und Wissenschaftler aus dem Bundesgebiet und Gäste aus der sowjetischen Besatzungszone, den Niederlanden, Frankreich und der Schweiz nehmen daran teil. Der aktuelle Stand der Behandlungstechnik wird zum Thema gemacht. Die Referenten (Riemann, Hagsphil, Heigl, Heigl-Evers, Schwidder, Quint, Aschenheim, Dührssen und Baumeyer) gehören der DPG an.

(10. 11.) Auf Einladung des Berliner Landesgesundheitsamtes treten Vertreter von DPV (Richter, Maetze) und lFP (Baumeyer) geschlossen auf, um über die Rechtsstellung der nichtärztlichen Psychologen zu beraten. Der „Göring-Erlass“ gilt weiterhin als juristische Legitimation für die Psychoanalyseausübung durch Nichtärzte.

(18. 11.) Da das Gesundheitsamt München erwägt, nichtärztliche Psychotherapie zu verbieten, positioniert sich Brocher als DGPT-Geschäftsführer deutlich als legalisierter Vertreter der wissenschaftlichen, analytisch orientierten Psychotherapeuten und damit auch der Nichtärzte. In Behandlung befindliche Patienten könnten bei Behandlungsabbruch schweren Schaden nehmen und Regressforderungen stellen, Bayern würde sich als rückständig gegenüber anderen Bundesländern und vielen westlichen Ländern erweisen und das benachbarte Ausland könnte in der Behinderung der Ausübung der analytischen Psychologie eine Fortsetzung der nationalsozialistischen Verfolgung sehen.

(5. 12.) Die DGPT (Brocher) stellt bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (Nienhaus) den Antrag, die analytische Psychotherapie (Psychoanalyse und die von ihr abgeleiteten analytischen, d. h. aufdeckenden Verfahren) als kassenübliche, ärztliche Heilmethode anzuerkennen. Brocher lässt in seiner Begründung durchblicken, dass „die Unterdrückung

dieser wissenschaftlichen Methode aus rassistischen Gründen durch den Nationalsozialismus“ dazu führte, dass erst eine neue Psychotherapeutengeneration herangebildet werden musste, um den Anschluss an den internationalen Standard wieder herzustellen.

(30. 12.) Auf der Generalversammlung der DPG teilt ihr Vorsitzender Schwidder mit, dass die Versuche, enger mit der DPV zusammenzuarbeiten, gescheitert sind.

Literatur

- Bernhardt, Heike, Lockot, Regine (Hg.) (2000): Mit ohne Freud. Zur Geschichte der Psychoanalyse in Ostdeutschland. Gießen (Psychosozial).
- Beundke, Astrid (2008): „Psychotherapie ohne Freud? Eine Spurensuche in München. In: Bauriedl, T. U., Brundke, A. (Hg.): Psychoanalyse in München. Gießen (Psychosozial).
- Ermann, Michael (2009): Psychoanalyse in den Jahren nach Freud: Entwicklungen 1940-1975 Stuttgart (Kohlhammer)
- Freimüller, Tobias (2007): Alexander Mitscherlich: Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler. Göttingen (Wallstein).
- Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V., Köln (1953): „Bericht des Ausschusses zur Erörterung einiger grundsätzlicher Fragen einer Reform der sozialen Krankenversicherung“. In: Sozialer Fortschritt. Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik. 2. Jahrgang, Beilage zum Dezemberheft. Berlin, Duncker & Humblot.
- Lockot, Regine (1994): Die Reinigung der Psychoanalyse. Die Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft im Spiegel von Dokumenten und Zeitzeugen (1933–1951). Edition diskord.
- Mettauer, Philipp (2010): „Vergessen und Erinnern“. Die Geschichte der Tagung nach Quellen und Zeitzeugen. Vortrag am 21. und 28. April im Rahmen der 60. Lindauer Psychotherapiewochen 2010 (www.lptw.de).
- Peter, Jürgen (1998): Der Nürnberger Ärzteprozeß im Spiegel seiner Aufarbeitung anhand der drei Dokumentensammlungen von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke. Schriften aus dem Sigmund-Freud-Institut. 2. Aufl. Münster (LIT).
- Platte, Hans-Otto (2011): „Psychoanalytische Erkenntnisse zugänglich machen“. Sechzig Jahre Psychoanalyse und Psychotherapie in Bremen. Bremen (Donat).
- Wunderlich, Gesa (1991): Die Öffnung der Psychoanalyse. Stuttgart/New York (Thieme).